wA7 Niedersachsen als europäischen Offshore-Energiehub stärken – für Energiesicherheit, Unabhängigkeit, Klimaschutz und regionale Wertschöpfung

Gremium:	LAG Energie & Atom
Beschlussdatum:	22.10.2026
Tagesordnungspunkt:	8. Weitere Anträge

Antragstext

Die Nordsee ist einer der zentralen europäischen Energieräume der Zukunft. Hohe und verlässliche Windressourcen, eine geringe Wassertiefe sowie die Nähe zu Häfen, Industrie- und Verbrauchszentren bieten hervorragende Voraussetzungen für den Ausbau der Offshore-Windenergie.

Niedersachsen nimmt dabei eine besondere Rolle ein: Mit seiner Nordseeküste, seinen Häfen, seiner Industrie sowie seiner Bedeutung für Stromnetze, Wasserstoffwirtschaft und maritime Wertschöpfung ist das Land ein zentraler Baustein der europäischen Energiewende. Offshore-Windenergie stärkt Versorgungssicherheit, verringert die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten und schafft Chancen für klimaneutrale Industrie, gute Arbeitsplätze und regionale Wertschöpfung.

Der Nordsee-Gipfel im Januar 2026 in Hamburg hat wichtige Impulse für den gemeinsamen Ausbau gesetzt. Die beteiligten Staaten bekräftigten das Ziel, bis 2050 eine Offshore-Windenergieleistung von 300 Gigawatt zu erreichen. Bis zu 100 Gigawatt sollen durch gemeinsame grenzüberschreitende Projekte erschlossen werden. Vereinbart wurden zudem eine bessere Abstimmung beim Ausbau von Windparks, Netzen und Wasserstoffinfrastruktur, verlässlichere Bedingungen für die europäische Offshore-Industrie sowie ein stärkerer Schutz kritischer Energieinfrastruktur.

Die Nordsee muss als gemeinsamer europäischer Energieraum entwickelt werden. Deutschland und Niedersachsen müssen hierfür eng mit den EU-Nordseeanrainerstaaten sowie dem Vereinigten Königreich und Norwegen zusammenarbeiten.

Vor diesem Hintergrund fordert die LDK die niedersächsische Landesregierung auf:

1. Eine europäische Nordsee-Strategie voranzutreiben
   Sich über den Bundesrat sowie gegenüber Bund und Europäischer Union für eine abgestimmte Nordsee-Strategie und die Ziele des Hamburger-Gipfels einzusetzen. Wir begrüßen den Antrag Niedersachsens und Schleswig-Holsteins für einen forcierten Ausbau der Offshore-Windenergie. Der Ausbau von Windenergie, Strom- und Wasserstoffinfrastruktur, grenzüberschreitenden Netzen, Häfen, Lieferketten und Industrieansiedlungen muss europäisch koordiniert werden. Niedersachsen wird weiterhin seine Rolle als Küsten-, Hafen- und Industrieland aktiv vertreten.

2. Häfen, maritime Industrie und Fachkräfte zu stärken
   Bereits angestoßene Aktivitäten der Landesregierung sind konsequent fortzuführen und die Hafenstandorte entsprechend ihren jeweiligen Profilen weiterzuentwickeln: Cuxhaven insbesondere für Produktion, Montage und Logistik der On- und Offshore-Windenergie, Emden und Norddeich für

Versorgung, Service und Wartung von Offshore-Windparks sowie Wilhelmshaven und weitere geeignete Standorte entsprechend ihren Potenzialen. Dafür braucht es leistungsfähige Hafen- und Hinterlandanbindungen, Netze und qualifizierte Fachkräfte. Bund, Land und EU müssen verlässlich investieren und Förderinstrumente gezielt nutzen. Ziel ist, möglichst viel Wertschöpfung in Niedersachsen und Europa sowie gute, tarifgebundene Arbeitsplätze zu sichern.

3. Ausbaupfade, Netze und europäische Verbundlösungen gemeinsam zu planen
Der geltende Ausbaupfad für Offshore-Windenergie muss umgesetzt und langfristig abgesichert werden. Entscheidend ist nicht allein die Vergabe von Flächen, sondern dass bezuschlagte Projekte tatsächlich gebaut werden. Die Landesregierung soll sich deshalb für Ausschreibungsbedingungen einsetzen, die realistische Investitionsbedingungen, verbindliche Realisierungsmeilensteine und angemessene Sicherheiten gewährleisten. Werden Zuschläge zurückgegeben oder Fristen nicht eingehalten, müssen Flächen zügig neu vergeben werden. Netzengpässe oder kurzfristige Strombedarfsprognosen dürfen nicht zur Absenkung, Streckung oder regionalen Begrenzung der Ausbauziele führen. Grenzüberschreitende Netzanbindungen sollen dort vorangetrieben werden, wo sie Versorgungssicherheit, Netzintegration und Infrastrukturnutzung konkret verbessern.

4. Offshore-Strom für die klimaneutrale Transformation Niedersachsens nutzbar zu machen
Energieintensive Industrien, insbesondere die Stahl- und Chemieindustrie sowie die maritime Wirtschaft, benötigen langfristigen Zugang zu erneuerbarem und bezahlbarem Strom. Direkte Elektrifizierung soll Vorrang haben; grüner Wasserstoff ist dort einzusetzen, wo eine direkte Stromnutzung technisch nicht möglich oder sinnvoll ist. Niedersachsen darf nicht auf die Rolle eines Transitlands für erneuerbaren Strom reduziert werden. Das Land muss an der gesamten Wertschöpfung teilhaben – von Planung und Fertigung über Hafenlogistik und Netzanbindung bis zur Nutzung in klimaneutraler Industrie und Wasserstoffwirtschaft.

5. Verlässliche, wertschöpfungsorientierte und naturverträgliche Rahmenbedingungen zu schaffen
Die Landesregierung soll sich weiterhin auf Bundes- und europäischer Ebene für langfristig verlässliche und investitionssichere Rahmenbedingungen für Offshore-Windenergie einsetzen. Die Vergabe von Offshore-Flächen darf nicht allein auf kurzfristige Auktionserlöse ausgerichtet sein. Entscheidend sind ebenso Realisierungsfähigkeit, Netzintegration, europäische Lieferketten, regionale Wertschöpfung und Naturverträglichkeit. Der Ausbau muss mit wirksamem Meeres- und Naturschutz verbunden werden. Die Belange des Wattenmeers, der Artenvielfalt, der Fischerei, der Schifffahrt und weiterer Nutzung der Nordsee sind frühzeitig einzubeziehen. Etwaige Auswirkungen müssen wissenschaftlich untersucht, vermieden und minimiert werden.

Begründung

Die Nordsee verbindet hohe Windenergiepotenziale, vergleichsweise flache Schelfgebiete und eine gute Nähe zu Industrie- und Verbrauchszentren. Damit ist sie einer der wichtigsten Standorte für erneuerbare Energie in Europa. Niedersachsen verfügt mit seinen Häfen, seiner Industrie und seiner energiewirtschaftlichen Infrastruktur über besondere Voraussetzungen, von diesem Ausbau zu profitieren.

Die Potenziale der Nordsee können jedoch nur durch europäische Zusammenarbeit vollständig genutzt werden. Energieversorgung, Stromnetze, Wasserstoffinfrastruktur, maritime Lieferketten und Meeresraumplanung enden nicht an nationalen Grenzen. Eine engere Zusammenarbeit mit den EU-Nordseeanrainerstaaten sowie dem Vereinigten Königreich und Norwegen stärkt die europäische Energiesouveränität, senkt fossile Importabhängigkeiten und erhöht die Resilienz des Energiesystems.

Es wäre daher falsch, den Ausbau der Windenergie einseitig an heute verfügbaren Netzkapazitäten oder kurzfristigen Bedarfsprognosen auszurichten. Davon wären gerade Niedersachsen als windstarkes Küstenland, seine Häfen und seine Industrie besonders betroffen. Netzengpässe sind kein Grund, den Ausbau erneuerbarer Energien zu bremsen, sondern ein Auftrag, Netze, Speicher, flexible Nachfrage, Elektrolyseure und europäische Verbundleitungen schneller auszubauen. Eine Streckung der Offshore-Ziele würde Investitionen in Häfen, Lieferketten, Fachkräfte und gute Arbeitsplätze gefährden.

Gerade in geopolitisch unsicheren Zeiten ist Offshore-Windenergie ein zentraler Baustein für Versorgungssicherheit und größere Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten. Der Blick auf das Vereinigte Königreich zeigt, dass langfristig verlässliche Rahmenbedingungen den Offshore-Ausbau unterstützen können. Dort haben Differenzverträge (Contracts for Difference) Investitionen planbarer gemacht. Daraus folgt keine Festlegung auf ein bestimmtes Fördermodell. Entscheidend sind verlässliche Bedingungen, die Investitionen ermöglichen, Risiken angemessen verteilen und den gesellschaftlichen Nutzen des Offshore-Ausbaus sichern.

Niedersachsen hat die Chance, ein starker Offshore-Standort im europäischen Nordseeraum zu werden – für erneuerbare Energie, klimaneutrale Industrie, leistungsfähige Häfen und gute Arbeit. Diese Chance muss das Land aktiv gestalten.